

**Verordnung
über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen
an das Wirtschafts- und Handelsbüro der Sonderverwaltungsregion Hongkong
der Volksrepublik China in Berlin**

Vom 24. Februar 2009

Auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 22. Juni 1954 über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen vom 21. November 1947 und über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an andere zwischenstaatliche Organisationen (BGBl. 1954 II S. 639), der durch Artikel 4 des Gesetzes vom 16. August 1980 (BGBl. 1980 II S. 941) neu gefasst worden ist, verordnet die Bundesregierung:

Artikel 1

**Zweck der Verordnung
und Begriffsbestimmungen**

(1) Dem Wirtschafts- und Handelsbüro der Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China in Berlin werden Rechtsfähigkeit sowie, nach Maßgabe dieser Verordnung, Vorrechte und Befreiungen gewährt und Pflichten auferlegt.

(2) Im Sinne dieser Verordnung haben die nachstehenden Ausdrücke folgende Bedeutung:

- a) Der Ausdruck „Büro“ bezeichnet das Wirtschafts- und Handelsbüro der Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China in Berlin.
- b) Der Ausdruck „Geschäftsräume des Büros“ bezeichnet ungeachtet der Eigentumsverhältnisse die Gebäude oder Gebäudeteile und die dazu gehörenden Gelände, die ausschließlich für Zwecke des Büros genutzt werden.
- c) Der Ausdruck „Behörden“ bezeichnet Bundes-, Landes- oder Kommunalbehörden nach den Gesetzen, sonstigen Vorschriften und Gepflogenheiten der Bundesrepublik Deutschland.
- d) Der Ausdruck „Leiter des Büros“ bezeichnet den in dieser Funktion von der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong entsandten Beamten.
- e) Der Ausdruck „entsandter Mitarbeiter des Büros“ bezeichnet im Range mit Berufskonsularbeamten vergleichbare, von der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong entsandte Beamte, einschließlich des Leiters des Büros, die weder deutsche Staatsangehörige noch in der Bundesrepublik Deutschland ständig ansässig sind.

Artikel 2

Rechtsstellung

(1) Das Büro besitzt in der Bundesrepublik Deutschland volle Rechtspersönlichkeit und kann insbesondere

- a) Verträge schließen,
- b) bewegliches und unbewegliches Vermögen erwerben und veräußern,
- c) vor Gericht stehen.

(2) Für die Zwecke dieses Artikels wird das Büro durch seinen Leiter vertreten.

Artikel 3

Unverletzlichkeit der Geschäftsräume

(1) Die Geschäftsräume des Büros sind in dem in diesem Artikel vorgesehenen Umfang unverletzlich.

(2) Die deutschen Behörden dürfen Geschäftsräume des Büros nur mit der Zustimmung des Leiters des Büros oder einer von ihm bestimmten Person betreten. Jedoch wird bei Feuer oder einem anderen Unglück, wenn sofortige Schutzmaßnahmen erforderlich sind, die Zustimmung des Leiters vermutet.

(3) Vorbehaltlich des Absatzes 2 haben die zuständigen Behörden alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um die Geschäftsräume des Büros vor jedem Eindringen und jeder Beschädigung zu schützen und zu verhindern, dass der Friede des Büros gestört oder seine Würde beeinträchtigt wird.

Artikel 4

**Unverletzlichkeit der
amtlichen Archive und Schriftstücke**

Die amtlichen Archive und Schriftstücke des Büros sind jederzeit unverletzlich, wo immer sie sich befinden.

Artikel 5

Verkehrsfreiheit

(1) Dem Büro ist der freie Verkehr für alle amtlichen Zwecke gestattet. Das Büro kann sich im Verkehr mit der Regierung und mit anderen Vertretungen der Sonderverwaltungsregion Hongkong aller geeigneten Mittel, einschließlich verschlüsselter Nachrichten, bedienen.

(2) Die amtliche Korrespondenz des Büros ist unverletzlich. Als „amtliche Korrespondenz“ gilt die gesamte Korrespondenz, welche das Büro und seine Aufgaben betrifft.

(3) Gepäckstücke, welche die amtliche Korrespondenz bilden, müssen äußerlich sichtbar als „Amtliche Korrespondenz“ gekennzeichnet sein; sie dürfen nur die amtliche Korrespondenz sowie ausschließlich für den amtlichen Gebrauch bestimmte Schriftstücke enthalten.

(4) Gepäckstücke im Sinne von Absatz 3 dürfen weder geöffnet noch zurückgehalten werden. Haben jedoch die zuständigen Behörden triftige Gründe für die Annahme, dass ein Gepäckstück etwas anderes als Korrespondenz und Schriftstücke im Sinne des Absatzes 3 enthält, können sie verlangen, dass ein Vertreter des Büros die Gepäckstücke in ihrer Gegenwart öffnet. Wird dieses Verlangen abgelehnt, wird das Gepäckstück an seinen Ursprungsort zurückbefördert.

Artikel 6
Immunität
von der Gerichtsbarkeit
und Eingriffen der Verwaltungsbehörden

(1) Entsandte Mitarbeiter des Büros genießen für Handlungen, die in Wahrnehmung amtlicher Aufgaben vorgenommen worden sind, Immunität von der deutschen Zivil- und Verwaltungsgerichtsbarkeit und den Eingriffen deutscher Verwaltungsbehörden.

(2) Absatz 1 wird jedoch nicht angewendet bei Zivilklagen,

- a) wenn diese aus einem Vertrag entstehen, den ein Mitarbeiter geschlossen hat, ohne dabei ausdrücklich oder erkennbar im Auftrag des Büros zu handeln, oder
- b) wenn diese von einem Dritten wegen eines Schadens angestrengt werden, der aus einem durch ein Land-, Wasser- oder Luftfahrzeug verursachten Unfall entstanden ist.

Artikel 7
Zeugnispflicht

(1) Entsandte Mitarbeiter des Büros können in einem Gerichts- oder Verwaltungsverfahren als Zeugen geladen werden.

(2) Entsandte Mitarbeiter des Büros sind nicht verpflichtet, Zeugnis über Angelegenheiten zu geben, die mit der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zusammenhängen, oder die darauf bezüglichen amtlichen Korrespondenzen und Schriftstücke vorzulegen.

Artikel 8
Verzicht auf
Vorrechte und Immunitäten

(1) Die Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong kann hinsichtlich eines entsandten Mitarbeiters des Büros auf die in den Artikeln 6 und 7 vorgesehenen Vorrechte und Immunitäten verzichten.

(2) Der Verzicht muss stets ausdrücklich erklärt und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland schriftlich mitgeteilt werden.

(3) Der Verzicht auf die Immunität von der Gerichtsbarkeit in einem Zivil- oder Verwaltungsgerichtsverfahren gilt nicht als Verzicht auf die Immunität von der Urteilsvollstreckung; hierfür ist ein besonderer Verzicht erforderlich.

Artikel 9
Befreiung der Räumlichkeiten
des Büros von der Besteuerung

Die Räumlichkeiten des Büros in Berlin, die in seinem Eigentum oder einer für das Büro handelnden Person stehen oder von ihnen gemietet oder gepachtet sind, sind von der Grundsteuer, der Versicherungssteuer und der Feuerschutzsteuer befreit. Der Erwerb eines Grundstückes in Berlin durch das Büro, das für dessen Nutzung für vergleichbare Aufgaben wie denen einer berufskonsularischen Vertretung bestimmt ist, ist von der Grunderwerbsteuer befreit. Die Befreiungen nach den Sätzen 1 und 2 gelten nur, sofern diese Steuern nicht

von einer Person zu entrichten sind, die mit dem Büro oder einer für das Büro handelnden Person Verträge geschlossen hat.

Artikel 10
Befreiung der Dienstkraftfahrzeuge
des Büros und bestimmter Privatfahrzeuge
der entsandten Mitarbeiter von der Kraftfahrzeugsteuer und der Versicherungssteuer

Die Dienstfahrzeuge des Büros und bis zu zwei Privatfahrzeuge jedes entsandten Mitarbeiters des Büros sind von der Kraftfahrzeugsteuer und der Versicherungssteuer befreit, sofern diese nicht von einer anderen Person zu entrichten sind.

Artikel 11
Befreiung von
Zöllen und Zollkontrollen

(1) Nach Maßgabe der in der Bundesrepublik Deutschland jeweils geltenden Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften ist die Einfuhr der nachstehend genannten Gegenstände gestattet. Sie sind von allen Zöllen, Steuern und ähnlichen Abgaben mit Ausnahme von Gebühren für Einlagerung, Beförderung und ähnliche Dienstleistungen befreit:

- a) Gegenstände für den amtlichen Gebrauch des Büros,
- b) Gegenstände für den persönlichen Gebrauch der entsandten Mitarbeiter des Büros und der mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienmitglieder, einschließlich der für die Einrichtung des Haushalts vorgesehenen Gegenstände. Die zum Verbrauch bestimmten Gegenstände dürfen die für die unmittelbare Verwendung durch die Beteiligten erforderliche Menge nicht überschreiten.

(2) Die entsandten Mitarbeiter des Büros und die mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen genießen Befreiung von der Zollkontrolle ihres mitgeführten persönlichen Gepäcks. Es darf nur kontrolliert werden, wenn triftige Gründe für die Vermutung vorliegen, dass es Gegenstände enthält, die in Absatz 1 Buchstabe b nicht bezeichnet sind oder deren Ein- oder Ausfuhr nach den jeweils geltenden Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften in der Bundesrepublik Deutschland verboten ist oder die der Quarantäne unterliegen. In solchen Fällen darf die Kontrolle nur in Anwesenheit des Mitarbeiters oder des betreffenden Familienangehörigen stattfinden.

Artikel 12
Weitere steuerliche Regelungen

(1) Die entsandten Mitarbeiter des Büros sind von der Einkommensteuer auf das Gehalt und andere Vergütungen oder Erstattungen, die ihnen vom Büro für die amtliche Tätigkeit gezahlt werden, befreit.

(2) In Bezug auf die bei ihnen Beschäftigten haben die entsandten Mitarbeiter des Büros und ihre Familienangehörigen die Verpflichtungen für Arbeitgeber in Bezug auf die Lohnsteuer einzuhalten.

(3) Die normalerweise im Preis von Waren oder Dienstleistungen enthaltenen indirekten Steuern werden nach Maßgabe der jeweils für ausländische ständige berufskonsularische Vertretungen und deren Mit-

glieder in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Regelungen erstattet.

Artikel 13

Befreiung vom System der sozialen Sicherheit

(1) Vorbehaltlich des Absatzes 2 sind die entsandten Mitarbeiter des Büros, in Bezug auf ihre Dienste für das Büro, und die mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen von den deutschen Vorschriften über soziale Sicherheit befreit.

(2) In Bezug auf die bei ihnen Beschäftigten haben die entsandten Mitarbeiter des Büros und ihre Familienangehörigen die Verpflichtungen für Arbeitgeber in Bezug auf die Vorschriften über soziale Sicherheit einzuhalten.

Artikel 14

Befreiung von der Ausländermeldepflicht, der Aufenthaltsgenehmigung und der Arbeitserlaubnis

Auf die entsandten Mitarbeiter des Büros und die mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienmitglieder finden die Bestimmungen des deutschen Aufenthaltsrechts keine Anwendung. Für die Einreise dieser Personen kann ein Visum de Courtoisie verlangt werden. Sie sind zu der Beschäftigung in dem Büro berechtigt.

Artikel 15

Ausweise

Für die entsandten Mitarbeiter des Büros und die mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen werden Protokollausweise ausgestellt, die Angaben zu ihrem Status enthalten.

Artikel 16

Beachtung der deutschen Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften

(1) Alle Personen, die Vorrechte und Immunitäten nach dieser Verordnung genießen, sind unbeschadet derselben verpflichtet, die deutschen Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften zu beachten.

(2) Die Geschäftsräume des Büros dürfen nicht in einer Weise benutzt werden, die mit der Wahrnehmung seiner Aufgaben unvereinbar ist.

Artikel 17

Haftpflichtversicherung

Die entsandten Mitarbeiter des Büros und die mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen haben allen Verpflichtungen nachzukommen, die in den in Deutschland gültigen Gesetzen und Rechtsvorschriften in Bezug auf die Haftpflichtversicherung für die von ihnen benutzten Land-, Wasser- oder Luftfahrzeuge vorgesehen sind.

Artikel 18

Private Erwerbstätigkeit

(1) Die entsandten Mitarbeiter des Büros dürfen in der Bundesrepublik Deutschland keinen freien Beruf und keine gewerbliche Tätigkeit ausüben, die auf persönlichen Gewinn gerichtet ist.

(2) Üben Familienangehörige von entsandten Mitarbeitern des Büros in der Bundesrepublik Deutschland eine Erwerbstätigkeit aus, werden ihnen die in dieser Verordnung vorgesehenen Vorrechte und Immunitäten nicht gewährt.

Artikel 19

Deutsche Staatsangehörige und Personen, die ständig in Deutschland ansässig sind

Familienangehörigen von entsandten Mitarbeitern des Büros, die deutsche Staatsangehörige oder im Bundesgebiet ständig ansässig sind, stehen Erleichterungen, Vorrechte und Immunitäten nicht zu.

Artikel 20

Inkrafttreten und Außerkräfttreten der Verordnung

(1) Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Diese Verordnung tritt mit Ablauf des Jahres außer Kraft, in dem das Büro geschlossen wird.

(3) Der Tag des Inkrafttretens und der Tag des Außerkräfttretens sind im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 24. Februar 2009

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister des Auswärtigen
Steinmeier

(English Translation)

**The German Federal Law Gazette 2009, Series II, Number 5
issued in Bonn on 27 February 2009**

**Ordinance
on the Grant of Privileges and Immunities to
the Economic and Trade Office of the Hong Kong Special Administrative Region
of the People's Republic of China in Berlin**

of 24 February 2009

Pursuant to Article 3 of the Law of 22 June 1954 concerning the accession of the Federal Republic of Germany to the United Nations Convention of 21 November 1947 on the Privileges and Immunities of the Specialised Agencies of the United Nations and concerning the grant of privileges and immunities to other interstate organisations (BGBl. 1954 II p. 639), as amended and revised by Article 4 of the Law of 16 August 1980 (BGBl. 1980 II p. 941), the Federal Government issues the following Ordinance:

**Article 1
Purpose of the Ordinance - Definitions**

- (1) The Economic and Trade Office of the Hong Kong Special Administrative Region of the People's Republic of China in Berlin shall be granted legal capacity and, in accordance with this Ordinance, privileges and exemptions and shall be subject to obligations.
- (2) For the purposes of this Ordinance, the following terms shall have the meaning indicated below:
 - a) The term "Office" means the Economic and Trade Office of the Hong Kong Special Administrative Region of the People's Republic of China in Berlin.
 - b) The term "premises of the Office" means, irrespective of ownership, the buildings or parts of buildings and the related land which are used exclusively for the purposes of the Office.
 - c) The term "authorities" means the federal, regional or district authorities in accordance with the laws, other regulations and customs of the Federal Republic of Germany.
 - d) The term "head of the Office" means the official posted in this capacity by the government of the Hong Kong Special Administrative Region.
 - e) The term "staff posted to the Office" means officials, including the head of the Office, comparable in rank to career consular officials, posted by the government of the Hong Kong Special Administrative Region, who are neither German citizens nor permanently resident in the Federal Republic of Germany.

Article 2

Legal status

(1) The Office possesses full legal personality in the Federal Republic of Germany and may, in particular,

- a) conclude contracts
- b) acquire and dispose of real and movable property
- c) institute legal proceedings.

(2) For the purposes of this article, the Office shall be represented by its head.

Article 3

Inviolability of the premises

(1) The premises of the Office shall be inviolable to the extent provided in this article.

(2) The German authorities may enter the premises of the Office only with the consent of the head of the Office or a person designated by him. The consent of the head of the Office may, however, be assumed in case of fire or other disaster requiring prompt protective action.

(3) Subject to paragraph (2) above, the competent authorities shall take all appropriate steps to protect the premises of the Office against any intrusion or damage and to prevent any disturbance of the peace of the Office or impairment of its dignity.

Article 4

Inviolability of official archives and documents

The official archives and documents of the Office shall be inviolable at all times, irrespective of where they may be.

Article 5

Freedom of communication

(1) The Office shall be permitted free communication for all official purposes. In communications with the government and with other representations of the Hong Kong Special Administrative Region, the Office may make use of all appropriate means, including encrypted messages.

(2) The official correspondence of the Office shall be inviolable. "Official Correspondence" means all correspondence relating to the Office and its functions.

(3) Bags constituting official correspondence must be visibly designated as "Official Correspondence" on the outside. They may contain only official correspondence, as well as documents intended exclusively for official use.

(4) Bags within the meaning of paragraph 3 above shall be neither opened nor detained. Nevertheless, if the competent authorities have serious reason to believe that

the bag contains something other than the correspondence and documents referred to in paragraph 3 of this article, they may request that the bag be opened in their presence by an authorized representative of the Office. If this request is refused, the bag shall be returned to its place of origin.

Article 6

Immunity from jurisdiction and intervention by the administrative authorities

(1) The staff posted to the Office shall enjoy immunity from German civil and administrative jurisdiction and intervention by the German administrative authorities for activities carried out in the discharge of their official functions.

(2) However, paragraph (1) above shall not apply to civil claims

- a) if they arise out of a contract which an employee has concluded without expressly or impliedly acting as an agent of the Office, or
- b) if the claim is brought by a third party in respect of damage arising out of an accident caused by a vehicle, vessel or aircraft.

Article 7

Liability to give evidence

(1) The staff posted to the Office may be invited to appear as witnesses in court or administrative proceedings.

(2) The staff posted to the Office are not obliged to give testimony concerning matters connected with the discharge of their functions or to submit the related official correspondence and documents.

Article 8

Waiver of privileges and immunities

(1) The government of the Hong Kong Special Administrative Region may waive the privileges and immunities provided for under Articles 6 and 7 above in respect of a posted member of the staff of the Office.

(2) The waiver must be declared expressly and the government of the Federal Republic of Germany must be notified of it in writing.

(3) The waiver of immunity from jurisdiction in civil or administrative legal proceedings shall not be deemed a waiver of immunity from the measures of execution of the judgement, for which a special waiver is required.

Article 9

Exemption from taxation of the premises of the Office

The premises of the Office in Berlin, whether owned by it or rented or leased by a person acting for the Office, shall be exempt from real property tax, insurance tax and fire protection tax. The acquisition of a real property in Berlin by the Office that is

intended to be used for functions comparable to those of a career consular representation shall be exempt from property acquisition tax. The exemptions provided for in clause 1 and 2 shall apply only in so far as the said taxes are not payable by a person who has concluded contracts with the Office or a person acting on behalf of the Office.

Article 10

Exemption from car tax and insurance tax of the official vehicles of the Office and certain private vehicles of members of staff posted to the Office

The official vehicles of the Office and up to two private vehicles for each member of staff posted to the Office shall be exempt from car tax and insurance tax in so far as these are not payable by another person.

Article 11

Exemption from customs duty and inspection

(1) In accordance with the relevant laws and other legal requirements applying at the time in the Federal Republic of Germany, the importation of the articles designated below is permitted. They shall be free from customs duty, excise duty and the like, with the exception of charges for storage, transport and similar services.

- a) articles for the official use of the Office,
- b) articles for the personal use of the staff posted to the Office and members of their families living with them in the same household, including articles intended for the establishment of the household. The articles intended for consumption must not exceed the quantities required for the direct utilisation of the persons concerned.

(2) Staff posted to the Office, as well as members of their families living with them in the same household, enjoy exemption from customs inspection of their personal baggage. Such baggage may be inspected only where there is good reason to believe that it contains items not designated in paragraph (1) letter b), or where their import or export is prohibited under the laws and other legal regulations applying at the time in the Federal Republic of Germany, or where they are subject to quarantine. In such cases, the inspection may take place only in the presence of the member of staff or the family members concerned.

Article 12

Other tax regulations

- (1) Staff posted to the Office shall be exempt from income tax on the salary and other remuneration or allowances paid to them by the Office for their official activity.
- (2) As regards persons employed by them, the staff posted to the Office and the members of their families must comply with the obligations of the employer in relation to income tax.

(3) The indirect taxes normally included in the price of goods or services may be reimbursed in accordance with the regulations in force in the Federal Republic of Germany for foreign career consular representations and their members.

Article 13

Exemption from the social security system

(1) Subject to paragraph (2), staff posted to the Office shall be exempt from the German regulations concerning social security in relation to their services for the Office and the family members living with them in the same household.

(2) As regards persons employed by them, the staff posted to the Office and the members of their families must comply with the obligations of the employer in relation to the social security regulations.

Article 14

Exemption from the alien's registration obligation, residence permit and work permit

The provisions of the German Residence Law are not applicable to the staff posted to the Office and family members living with them in the same household. A courtesy visa may be required for these persons upon entry. They are authorised to be employed in the Office.

Article 15

Passports

Staff posted to the Office and family members living with them in the same household will be issued with a protocol pass indicating their status.

Article 16

Compliance with German laws and other legal provisions

(1) Without prejudice to their privileges and immunities, the persons enjoying the privileges and immunities conferred in accordance with the present Ordinance are required to comply with German laws and other legal provisions.

(2) The premises of the Office must not be used in any way incompatible with discharge of its functions.

Article 17

Insurance against third party risks

Staff posted to the Office and family members living with them in the same household must comply with all the obligations provided for under German laws and other legal provisions in relation to third party liability insurance for their use of vehicles, vessels or aircraft.

Article 18
Private gainful occupation

- (1) Staff posted to the Office may not carry on any freelance business or paid activity intended for personal gain.
- (2) If the family members of staff posted to the Office engage in any gainful occupation in the Federal Republic of Germany, they will not be granted the privileges and immunities provided for in the present Ordinance.

Article 19
German citizens and persons permanently resident in Germany

Family members of staff posted to the Office who are German citizens or permanently resident in the territory of the Federal Republic are not entitled to any exemptions, privileges or immunities.

Article 20
Coming into force and expiry of the Ordinance

- (1) This Ordinance shall come into force on the day following its publication.
- (2) This Ordinance shall expire at the end of the year in which the Office is closed.
- (3) The date of the coming into force and the day of expiry of the Ordinance will be announced in the German Federal Law Gazette (*Bundesgesetzblatt*).
-

The Ordinance has been approved by the Upper House of the Federal Parliament.

Berlin, 24 February 2009

Federal Chancellor

Dr. Angela Merkel

Federal Foreign Minister

Steinmeier